

nachrichten

Juni
2021



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e. V.

Editorial

Geschäftsführerin
Rita Pawelski

Ansprache Präsidentin

Dr. Edith Niehuis

Informationen

Personalien

Berichte / Erlebtes

Quer durch unsere
Bundesländer

Erlesenes

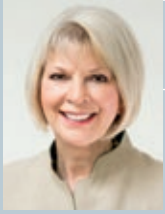
Aktuelles

Jubilare

Eine politische Reise durch Deutschland



Editorial



© Thomas Reifalok

In wenigen Wochen wird der neue Bundestag gewählt. Vier Jahre fliegen vor meinem inneren Auge vorbei... Ich erinnere mich an die schwere „Geburt“ dieser Regierung. Koalitionsverhandlungen wurden beendet mit dem Satz: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ Die „Groko“ wurde zur Neuauflage der 19. Wahlperiode. Aber nicht nur die Arbeit unserer Regierung in den vergangenen vier Jahren bleibt den Menschen in Erinnerung. Wichtige Ereignisse wurden von „außen“ an uns heran getragen:

In den USA regierte ein Präsident, der mich oft fassungslos machte: Populismus, spalten und verwirren waren Merkmale seiner Amtszeit. Er besuchte Nord-Korea, aber nicht offiziell die Bundesrepublik Deutschland. Die Beziehungen zwischen der EU und den USA verschlechterten sich. Der Sturm treu ergebener Trump-Fans auf das Capitol in Washington erschütterte die Welt. Es folgte ein hörbares Aufatmen, als Joe Biden als neuer Präsident vereidigt wurde.

Der Brexit wurde umgesetzt: Das Vereinigte Königreich wollte nicht mehr Mitglied der EU sein. Die Verhandlungen zum geordneten Ausstieg waren zäh und langwierig. Auf knapp 1250 Seiten wurden Themen wie Fischfang, Energie oder Justiz festgeschrieben. So bleibt UK ein Stück weit mit der EU verbunden. Ob der Brexit dem Land wirklich hilft? Die Zukunft wird es zeigen.

In Lingen wurde im letzten Sommer ein neuer Hitzerekord gemessen: 42,6 Grad. In Australien tobten Waldbrände. Eine Fläche so groß wie ein Drittel Deutschlands fiel den Flammen zum Opfer. Ist das der Klimawandel? In Deutschland demonstrierten regelmäßig tausende junger Menschen: „Fridays for Future“ forderte von uns und der Welt eine neue Klimapolitik. Auch nachfolgende Generationen sollen noch auf dem Planeten Erde leben können. Ich denke an meine Enkeltöchter und stimme ihnen zu.

Ein neues Problem belastet die Menschen: COVID 19. Ein winziges Virus breitete sich in rasender Geschwindigkeit aus, weltweit! Auch unser Land litt und leidet an der Pandemie. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine „Vollbremsung“ erzwungen – der Lockdown: Geschäfte, Hotels und Gaststätten mussten schließen, Ausgangssperren folgten, Kultur- und Freizeitangebote fielen aus. Der täglich bange Blick auf steigende Zahlen, die Berichte aus den Krankenhäusern und Altenheimen, aber auch der „Kampf“ um Toilettenpapier werden im Gedächtnis bleiben. 172 Millionen Menschen erkrankten bisher weltweit an dem Virus. Allein in Deutschland starben fast 90.000 Menschen an oder mit Corona. Endlich erscheint Licht am Ende des Tunnels: auch dank eines sehr schnell entwickelten Serums. Haben wir Corona endlich besiegt? Das kann ich heute noch nicht beurteilen, kann es nur hoffen.

Und ich hoffe, dass wir uns im September endlich wiedersehen, auf unserer Jahreshauptversammlung. Dann wird ein neuer Vorstand gewählt und meine Amtszeit geht zu Ende. Schade! Es hat mir sehr großen Spaß gemacht, als ihre Geschäftsführerin für Sie zu arbeiten. Ich danke für die vielen freundlichen Gespräche und die gute Zusammenarbeit! Aber sie wissen: man geht nie ganz! Wir bleiben in Kontakt... auf unseren Reisen, auf unseren Tagungen. Wir sehen uns wieder!

Ihre

Informationen

Termine



© Porcupen / shutterstock.com

Geplant ist Ende September eine Jahreshauptversammlung in Berlin mit Wahl des Vorstandes.

Personalien



© Andi Frank

Am 11. Januar 2021 wurde **Klaus Holetschek** zum Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege berufen.



© BAGSO/Saeths

Prof. Dr. Ursula Lehr ist Opfer eines Hackerangriffs geworden. Ein gefälschter Hilfebrief mit der Bitte um finanzielle Unterstützung erreichte per email ihre Kontakte und sorgte für Verwirrung. Auf Nachfrage versicherte Ursula Lehr, dass es ihr gut geht. Sollte eine solche mail Sie erreichen, bitte nicht „antworten“.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE) ist über die Landesliste Sachsen in den Deutschen Bundestag nachgerückt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

MPK war das Wort, das in der Pandemie die politischen Schlagzeilen dominierte. Die erlauchte Runde der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin stand so sehr in der Öffentlichkeit, dass man meinen könnte, sie sei in der Pandemie extra gegründet worden. Dabei ist die MPK als inoffizielles Gremium älter als die Bundesrepublik Deutschland. Wenn auch in einem anderen Zuschnitt, trat sie 1947 erstmalig zusammen und schrieb mit der sog. Rittersturz-Konferenz 1948 Geschichte, weil sie dort die Einsetzung des Parlamentarischen Rates zur Erarbeitung des Grundgesetzes beschloss. Obwohl so eng mit unserer Verfassung verbunden, blieb sie ein inoffizielles Organ zur Selbstkoordination der Länder, ist eben kein Verfassungsorgan. Die Beschlüsse der MPK sind für die Parlamente im Bund und in den Ländern nicht bindend, was die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen in der Corona-Zeit auch zelebrierten: Kanzlerin und Vorsitzender der MPK plus Stellvertreter verkündeten nach langer Diskussion zwar öffentlichkeitswirksam den Beschluss, was die Länder aber nicht daran hinderte, Tage darauf vieles anders zu machen.

Flugs fing eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit der MPK an, ja manchmal auch des Föderalismus. Entscheidungsprozesse, die sich in die Länge zogen, faule Kompromisse und unklare Zuständigkeiten gerieten in den Fokus. Es entwickelte sich eine Sehnsucht nach klaren verbindlichen Strukturen und eine Abwehr gegen den bundesrepublikanischen Flickenteppich. Zugleich aber gab es immer wieder die Forderung, örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen und nicht alles über einen Kamm zu scheren. Das ist der Zwiespalt, der der föderalen Struktur der Bundesrepublik innewohnt.

Es macht wenig Sinn, den Föderalismus grundsätzlich in Frage zu stellen, zumal er auch unter die Ewigkeitsgarantie des Artikel 79 unseres Grundgesetzes fällt. Dennoch sollte man die Augen vor den Defiziten, die die Pandemie deutlich gemacht hat, nicht verschließen. Ärger machte insbesondere die fehlende digitale Ausstattung der Schulen und der Gesundheitsämter, Bereiche, die in die Zuständigkeit der Länder fallen. Am Föderalismus wird gerne gepriesen, dass der Wettbewerb unter den Ländern zu besten Lösungen führt. Dieses Prinzip war bei der Digitalisierung der Schulen wohl nicht erfolgreich. Schulen sind nach wie vor die vernachlässigten Stiefkinder der Landespolitik, woran auch das am besten bekannte Selbstkoordinationsgremium der Länder, die Kultusministerkonferenz, seit Jahrzehnten nichts geän-

dert hat. Da die Länder sich in jedem Bundesländer-Finanzausgleich mehr von dem Kuchen zuteilen, wird die parteiübergreifende Klage über mangelnde Finanzausstattung zunehmend ungläubwürdiger.

Wahrscheinlich würde es schon nützen, wenn in der bundesweiten Öffentlichkeit die jeweilige Zuständigkeit deutlicher würde. Länder müssen sich bei Defiziten zu wenig rechtfertigen, weil sich die Bundesministerinnen und -minister in Interviews den Schuh anziehen und auf kritische Fragen nach Antworten suchen, obwohl die Bundespolitik nicht zuständig ist. Es wird Zeit, dass die Öffentlichkeit, auch der Journalismus, lernt, dass der Bund keine Aufsicht über die Landespolitik führt, sondern Länder in eigener Verantwortung handeln. Wie in der Schule würden die Länder dann schlechte Noten für schlechte Leistungen bekommen, was zur Verbesserung der Leistung anspornen könnte. Dazu braucht es keine neue Föderalismusreform, sondern nur weniger bundespolitische Eitelkeit bei Interviews.

Die Pandemie hat nicht nur Defizite ans Tageslicht gebracht, sondern auch den Blick auf das eigene Land erweitert. Urlaub in Deutschland ist für viele noch reizvoller geworden. Darum sind diese „nachrichten“ den Bundesländern gewidmet.

Ihre



Nicht immer „Nummer Eins“, aber dennoch bedeutend

Baden-Württemberg: Kloster und Schloss Bebenhausen

Die mittelalterliche Klosteranlage von Bebenhausen ist fast vollständig erhalten. Nach der Reformation dienten die Klostergebäude als Klosterschule, Jagdschloss der Könige von Württemberg und als Sitz des Landtags des Landes Württemberg-Hohenzollern.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war das heutige Baden-Württemberg aufgeteilt in eine amerikanische und eine französische Besatzungszone. Im Oktober 1945 wurde **Carlo Schmid** mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Nach der Wiederzulassung der politischen Parteien konnte am 17.11.1946



© SSG BW / Christoph Herrmann

eine beratende Landesversammlung gewählt werden. Wenige Tage danach kamen die 65 Abgeordneten zum ersten Mal in Bebenhausen zusammen.

Mit der Volksabstimmung über das Grundgesetz des Landes Württemberg-Hohenzollern am 18. Mai 1947 fand zugleich auch die erste

Landtagswahl statt. Alle Plenarsitzungen des Landtags von Württemberg-Hohenzollern von 1946 bis zu seiner Auflösung 1952 fanden im Winterrefektorium des einstigen Klosters statt, da er der einzig beheizbare große Raum war.

Der Grüne Saal im Schloss war Aufenthaltsraum der Abgeordneten, der Blaue Saal wurde meist für offizielle Veranstaltungen genutzt. Landtagspräsident und Verwaltung saßen im königlichen Frühstückszimmer und im Lesezimmer. Als Fraktionsräume fungierten die Gästezimmer und das Appartement des Königs. Ein Großteil der Abgeordneten übernachtete in den Mönchszellen des ehemaligen Dormitoriums.

[Weitere Ziele: Tübingen, Heidelberg, Karlsruhe, Burg Hohenzollern, Freiheitsmuseum Rastatt](#)

Bayern: Bamberg



© Bazena Radowski

Im Norden von Bayern erstreckt sich über sieben Hügel die Stadt Bamberg. Die Altstadt zeichnet sich durch ihre gut erhaltenen Bauten aus dem 11. bis 19. Jahrhundert aus. Der Bamberger Dom ist eines der Vermächtnisse Kaiser Heinrichs II. Im Dom findet sich auch eines der bekanntesten Wahr-

zeichen der Stadt – der „Bamberger Reiter“. Das Reiterstandbild aus Stein stammt aus der ersten Hälfte des 13. Jhd. Der Erschaffer des Kunstwerks sowie die Identität des Reiters sind unbekannt. Der Blick des Reiters zeigt direkt auf das alte Kaisergrab von Kaiser Heinrich II. und Kaiserin Kunigunde. Sie wurden im damaligen Heinrichsdom beerdigt.

Ein dunkles Kapitel der Stadt ist die Hexenverfolgung. Im Hochstift Bamberg fanden zwischen 1625 und 1630 allein 236 Verbrennungen statt. Insgesamt geht die Zahl der getöteten Menschen laut Quellenforschung der Stadt Bamberg an die 900. Eine Lichtskulptur auf der Rückseite des Schlosses Geyerswörth erinnert an die Opfer der Hexenverfolgung.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte der Bayerische Landtag seinen Sitz für kurze Zeit in Bamberg. Hier verabschiedete er am 14.8.1919 die „Bamberger Verfassung“, die erste demokratische Verfassung Bayerns. Sie ist eng an die Vorgaben der Weimarer Reichsverfassung angelehnt, weshalb Bamberg auch als das „bayerische Weimar“ gilt. Die „Bamberger Verfassung“ beendete das 1806 gegründete Königreich Bayern.

Seit 1993 zählt die Bamberger Altstadt – Bergstadt, Inselstadt und Gärtnerstadt – zum UNESCO-Welterbe.

[Weitere Ziele: Sulzbach-Rosenberg, Nürnberg, Schloss Herrenchiemsee, Amberg, Schloss Johannisburg](#)

Berlin: Zitadelle Spandau und Flugplatz Gatow

Im Jahre 1197 wurde die markgräflische Burg Spandau errichtet. 1559 bis 1594 wurde dann die Befestigungsanlage (Zitadelle) erbaut. Der integrierte Juliusturm aus dem Anfang des 13. Jhd. ist das älteste Bauwerk Berlins. In ihm wurde bis in den Ersten Weltkrieg der „Reichskriegsschatz“ gehortet. (Als Adenauers Finanzminister **Fritz Scheffer** die Einnahmeüberschüsse nach der Währungsreform hortete, sprach man noch von seinem

„Juliusturm“.) In den Grundmauern des Palas kann man noch Grabsteine eines jüdischen Friedhofs sehen, die als Baumaterial verwendet wurden. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Areal militärisch genutzt. Heute finden in der Zitadelle Spandau in Berlin regelmäßig Veranstaltungen statt. Auf dem Gelände befinden sich Ausstellungsflächen sowie ein Haus für Kunstschaffende. Empfehlenswert ist der Besuch der Ausstellung „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“.

Ebenfalls in Spandau liegt der 1935 erbaute Flugplatz Gatow. Die hier stationierte Luftkriegsschule und –akademie zählten zu den wichtigsten Ausbildungszentren der Luftwaffe. Während der Berlin-Blockade spielte der Flugplatz Gatow eine wichtige Rolle bei der Versorgung von West-Berlin. So landete hier am 28.6.1948 das erste



© Edith Merhius

Transportflugzeug der Berliner Luftbrücke. 1994 wurde der Flugbetrieb eingestellt und die Bundeswehr übernahm den Flugplatz. Ein Teil der ehemaligen Start- und Landebahnen ist erhalten, sie werden als Ausstellungsfläche für historische Fluggeräte genutzt.

[Weitere Ziele: Sowjetisches Ehrenmal Schönholzer Heide, Gasometer Schöneberg](#)



© Sina Eitner / shutterstock.com

Brandenburg: Schloss Neuhardenberg

Das nur 70 km von Berlin entfernte Schloss Neuhardenberg war ein Hort des Widerstandes gegen das Nazi-Regime. Dort traf sich die Gruppe der „Verschwörer des 20. Juli 1944“ und bereitete unbehelligt das Attentat auf Hitler in der Wolfsschanze vor.

Nach dem gescheiterten Attentat wurde der Besitzer des Schlosses, **Carl Graf von Hardenberg**, am 24. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Er überlebte das Lager. Unmittelbar nach Kriegsende wurde Hardenberg im Zuge der Bodenreform als Großgrundbesitzer enteignet.

1949 wurde Neuhardenberg in Marxwalde umbenannt. Die ehemaligen Güter der Familie Hardenberg nutzte eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Das Schloss beherbergte bis in die 1970er Jahre eine Schule. Marxwalde wurde durch die Stationierung eines Jagdfliegergeschwaders der Nationalen Volksarmee zu einem wichtigen Militärstandort.

Nach dem Ende der DDR erhielt die Familie Hardenberg das Schloss und die Ländereien zurück und verkaufte sie 1996 an den deutschen Sparkassen- und Giroverband. Nach umfangreichen Sanierungsmaßnahmen beherbergt das Areal heute ein Hotel und Begegnungszentrum. Dort finden regelmäßig Ausstellungen, Theateraufführungen, Lesungen und Konzerte statt.

[Weitere Ziele: Mönchmühle, Brandenburg a. d. Havel, Neustadt a. d. Dosse, Schloss Ribbeck](#)



© Stiftung Schloss Neuhardenberg / Fotobildwerk

Bremen: Geburtsort des Euro

Die Altstadt der Freien Hansestadt Bremen wird von einer schönen Wallanlage und der Weser umgeben. Im Zentrum befindet sich der Marktplatz mit dem ehrwürdigen und geschichtsträchtigen Rathaus (seit 2004 UNESCO-Welterbe), das vor über 40 Jahren zur Geburtsstätte des Euros wurde.

Hier trafen sich vom 6. auf den 7.7.1978 die Staats- und Regierungschefs der damaligen Europäischen Gemeinschaft, angeführt von Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, mit dem Ziel, für Europa eine einheitliche Währung zu schaffen, die weniger anfällig für Wechselkursschwän-



© Michele Boiero / shutterstock.com

In der benachbarten Stadtgemeinde Bremerhaven steht am historischen Standort – am Neuen Hafen – das 2005 eröffnete Auswandererhaus. Von hier aus starteten Millionen Menschen in eine neue Welt.

Neben dem Auswandererhaus eröffnete wenige Jahre später ein Anbau, in dem auch 300 Jahre Einwanderungsgeschichte in Deutschland präsentiert werden. Durch die Verbindung von historischer sowie aktueller Aus- und Einwanderung hat sich das Museum zum bundesweit ersten Migrationsmuseum entwickelt. 2007 wurde es für sein außergewöhnliches Ausstellungenskonzept als bestes Museum in Europa ausgezeichnet.

[Weitere Ziele: Schnoor, Universium Bremen](#)

Hamburg: Alte Börse

Geschichte, Kultur und Unterhaltung, das findet man in Hamburg an jeder Ecke. Eines ist aber ganz herausragend, die wohl älteste, aktive Börse Deutschlands ist hier angesiedelt. Der Handel mit Wertpapieren, Aktien und Waren hat in Hamburg eine lange Tradition. Das spätklassizistische Gebäude der Börse beherbergt unter anderem die traditionelle Hamburger Handelsgesellschaft, die vor etwa 350 Jahren gegründet wurde.

Entstanden ist die alte Börse im Jahr 1558, als sich zunächst die Kaufläute an der Trostbrücke in der



© iStock / lee 181077

Altstadt trafen. Als der Handel zunahm, wurde 1577 dieser heute noch existierende Neubau eingerichtet, der den großen Brand von 1842 weitestgehend unbeschadet überstand. Anders als das ehemalige Rathaus welches komplett niederbrannte. Dieses wurde 25 Jahre später auf der Rückseite der Börse neu errichtet.

Darin sehen viele auch die enge Verflechtung von Kaufmannschaft und Politik. Die Börse hat über all die Jahre schon so manche Dramen erleben müssen: angefangen mit der Mutter aller Spekulationsblasen, die Tulpen-Hausse aus dem 17. Jhd., die Ölkrise in den 1970er Jahren, der Schwarze Freitag 1987 und die Pleite der Lehman Brothers, die 2008 Ausgangspunkt für die Zuspitzung der Finanzmärkte waren.

Als Besucher kann man sich der Faszination des Börsengebäude nur schwer entziehen und darf diese heute auf eigene Faust entdecken. Hier finden auch oftmals Kunstausstellungen statt.

[Weitere Ziele: Speicherstadt, Gängeviertel](#)

Hessen: Paulskirche und Point Alpha

© Frankfurt am Main / Stefan Maurer



Die Paulskirche in Frankfurt gilt neben dem Hambacher Schloss als Symbol der demokratischen Bewegung in Deutschland. Sie dient heute als Ausstellungs-, Gedenk- und Versammlungsort. Hier tagten 1848 bis 1849 die Delegierten der Frankfurter Nationalversammlung, der ersten Volksvertretung für ganz Deutschland.

Die Gedenkstätte Point Alpha in Geisa ist ein authentischer Schauplatz des Kalten Krieges und Zeugnis von vier Jahrzehnten Zeitgeschichte. Hier standen sich die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt bis zum Jahr 1990 gegenüber. Der ehemalige „Observation Post Alpha“ (kurz: Point Alpha) war einer der wichtigsten Beobachtungsstützpunkte der US-Streitkräfte in Europa und einer der heißesten Punkte im Kalten Krieg.

Originalgetreue Rekonstruktionen zeichnen ein Bild von der Entwicklung der Grenzanlagen bis 1989 und geben einen Eindruck von den Ereignissen. Im „Haus auf der Grenze“ vermittelt eine Dauerausstellung die Geschichte der deutschen Teilung. In Ergänzung dazu dokumentieren die beiden Dauerausstellungen „Kalter Krieg“ und

© heckel61 / shutterstock.com



„Everyday Life“ in den Baracken des US Camp den deutsch-amerikanischen Alltag vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Weitere Ziele: Königshalle Lorsch, Kloster Eberbach, Bergpark Wilhelmshöhe

Mecklenburg-Vorpommern: Waren

Knapp einen Monat nach der ersten Montagsdemonstration in Leipzig erfasst der Aufruhr auch die Stadt an der Müritz. Anfänglich trifft sich eine kleine Gruppe von Menschen, die etwas bewegen wollen. Bereits zwei Wochen später ist die Gruppe auf 300 Teilnehmende angewachsen. Ihr Treffpunkt ist die Marienkirche. Parallel dazu finden montags Friedensgebete in der Georgenkirche statt. Am Montag, den 16.10.1989 ziehen 400 Teilnehmer mit Kerzen von der Georgen- zur Marienkirche. Es ist die erste Demonstration im Nordosten.

Aufgrund der zunehmenden Größe verlegt die Gruppe der Marienkirche ihren Treffpunkt in eine Turnhalle. Die Halle wird schließlich zum neuen Zentrum der Bewegung. Die Diskussionen im

„Turnhallenforum“ und in den Kirchen bleiben auch in Waren nicht ohne Folgen. Das Forum besetzt später die Stasi-Zentrale in Waren, trägt zur Gründung des Müritz-Nationalparks bei und nimmt Honeckers Staatsjagd in Beschlag.

Das Wende-Denkmal „Perspektiven zur Freiheit“ vor der Georgenkirche in Waren erinnert an diese Zeit. Zu sehen sind 14 Tafeln, auf denen von unten und bei Sonne auf dem Boden Losungen zu lesen sind, die aus dem Jahr 1989 stammen.

Die Stadt Waren liegt an der Müritz, dem zweitgrößten Binnensee Deutschlands. Im Osten grenzt der See an den Müritz-Nationalpark, mit einer Fläche von knapp 320 km² Deutschlands größter terrestrischer Nationalpark, mit

© Stadt Waren (Müritz)



unzähligen kleinen und großen Seen. Rund 400 km Rad- und Wanderwege laden zur Erkundung des Nationalparks ein.

Weitere Ziele: Peenemünde, Seebücke Ahlbeck

Niedersachsen: Friedland

Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde am 20.9.1945 von der britischen Besatzungsmacht eingerichtet. Von 1945 bis heute sind mehr als vier Millionen Menschen über Friedland in die Bundesrepublik gekommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zunächst Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft in Friedland empfangen. Aufgrund des persönlichen Einsatzes von BK Adenauer kamen 1955/56 die letzten 10.000 Kriegsgefangenen aus Russland in Friedland an. Seit Mitte der 1950er fanden über zwei Millionen Spätaussiedler Aufnah-



© Museum Friedland/Stephan Beuermann

me im Grenzdurchgangslager. Später wurde das Lager als Übergangslager für Übersiedler aus der DDR genutzt. Darüber hinaus wurden auch Flüchtlinge oder Verfolgte aus weiteren Ländern aufgenommen wie Ungarn, Chile, Vietnam, Sri Lanka oder Albanien. 2009 kamen die ersten Flüchtlinge aus dem Irak, 2013 die ersten Kontingentflüchtlingen aus Syrien. Seit dem 1.1.2011 ist das Grenzdurchgangslager

offizielle Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Niedersachsen.

In unmittelbarer Nähe des Aufnahmelagers, im früheren Bahnhofsgebäude, liegt das Museum Friedland. Das Museum zeugt von den Folgen des Zweiten Weltkrieges aber auch von den aktuellen Kriegen und Krisen. Es präsentiert die Geschichte des Lagers seit Gründung und einzelne Fluchtgeschichten. Zeitzeugen berichten in Filmen von ihrer Flucht und der Ankunft in Friedland. Fotos, persönliche Gegenstände und historische Dokumente ergänzen die Ausstellung. Neben dem Besuch des Museums werden Rundgänge über das Gelände des Aufnahmelagers angeboten.

Weitere Ziele: [Schloss Marienburg](#), [Herrenhäuser Gärten](#), [Lüneburger Heide](#)

Nordrhein-Westfalen: Petersberg

Der Petersberg liegt östlich des Rheins in Königswinter, auf einer Höhe von 331m. Hier befand sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Sitz der Hohen Kommissare über Deutschland. Der damalige Bundeskanzler **Konrad Adenauer** trat am 21. September 1949 seinen Besuch dort an, um Ihnen das Grundgesetz zur Genehmigung zu überbringen.

Adenauer trat selbstbewusst auf und stellte sich mit den drei Hohen Kommissaren auf eine „Stufe“, in diesem Fall auf einen Teppich. Protokollarisch hätte er erst nach seiner Rede näher treten dürfen.



© Mice-D / shutterstock.com

Es gelang ihm eine Einigung zu erzielen und mit der Unterzeichnung des „Petersberger Abkommen“ wurde am 22. November 1949 die noch junge deutsche Demokratie gebildet.

Mit dem „Deutschland Vertrag“ vom Mai 1952 wurde auch das Ende des Dienstsitzes der Hohen Kommissare auf dem Petersberg besiegelt. Sie zogen sich zurück und der Betrieb des Kurhotels wurde wieder aufgenommen.

Von 1955 bis 1969 wurde das Hotel als Gästehaus der Bundesrepublik Deutschland genutzt. Kaiser, Könige und berühmte Staatsmänner waren hier zu Gast. Heute wird es zum großen Teil von der Steigenberger Hotelkette betrieben und somit auch Privatpersonen zugänglich gemacht.

Weitere Ziele: [Hermannsdenkmal](#), [Externsteine](#), [Müngstener Brücke](#), [Ohligser Heide](#), [Wupperberge & Klingenpfad](#)

Rheinland-Pfalz: Rittersturz

Der Rittersturz ist ein Aussichtspunkt für Wanderer im Koblenzer Stadtwald. In dem Hotel, das hier einmal stand, kamen am 8.7.1948 die Minister- und Staatspräsidenten der westdeutschen Länder für zwei Tage zusammen, um offiziell Stellung zum Beschluss der westlichen Alliierten zu nehmen, aus den drei Besatzungszonen der USA, Großbritannien und Frankreich einen deutschen Staat zu bilden.

Auf der sogenannten „Rittersturz-Konferenz“ wurde beschlossen, die Gründung eines Staates ohne die sowjetische Zone zu akzeptieren und einen parlamentarischen Rat für die Ausarbeitung des Grundgesetzes zu bilden. Die Ergebnisse der Konferenz führten somit über den Parlamentarischen Rat zur Annahme des Grundgesetzes und zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland.

© M. Volk / shutterstock.com



Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes und den ersten Bundestagswahlen kamen die Ministerpräsidenten am 25. und 26. August nochmals auf dem Rittersturz zusammen. Sie beschlossen die Einberufung des Bundestages und der Bundesversammlung.

Weitere Ziele: [Hambacher Schloss](#), [Deidesheim](#), [Rodt](#), [Burg Trifels](#), [Bürgerstiftung Unkel](#), [St. Germanshof](#), [Trier](#), [Mainz](#), [Worms](#), [Speyer](#)

Saarland: Saardom

© IMAGO / Hans Blösey



Der größte Sakralbau des Saarlandes – der Saardom – steht in Dillingen. Der Dom, 1913 fertig gestellt, wurde im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt. Trotz der knappen Finanz-

mittel sagte der damalige Ministerpräsident des Saarlandes, **Johannes Hoffmann** (JoHo), seine finanzielle Unterstützung bei der Wiederherstellung zu. Als Dankbezeugung setzte man ihm ein Denkmal an der Frontseite der Kirche, im Inneren des Gebäudes, ganz oben im Dachstuhl. Möchte man JoHo sehen, muss man über eine Wendeltreppe etwa 20 Meter nach oben steigen. Über der Tür ins Innere des Dachstuhls befindet sich das überlebensgroße Relief. Wohl extra so versteckt, da die Finanzspritze geringer als erhofft ausfiel.

Johannes Hoffmann galt als umstrittener Politiker. Entgegen der Meinung von JoHo entschied sich die Bevölkerung in einer Volksabstimmung am 13.1.1935 für den sofortigen Anschluss des Saar-

landes an Deutschland. Hoffmann, damaliger Chefredakteur und Gründer von „Neue Saarpost“, floh vor den Nazis ins Exil. Nach Ende des Krieges kehrte er zurück und wurde zum ersten Ministerpräsidenten des Saarlandes gewählt. JoHo versuchte das Land weithin autonom von Frankreich und Deutschland zu regieren. 1955 stimmte die Mehrheit der Saarländer erneut für einen Wiederanschluss an Deutschland.

Weitere Ziele: [Saarschleife](#), [Völklinger Hütte](#), [Dirmingen](#), [Schaumberg](#), [Abtei Tholey](#), [Bostalsee](#), [Saarbrücken](#)

Sachsen: Gruppe der 20

Parallel zu den Montagsdemos in Leipzig kam es in der Prager Straße in Dresden am 8.10.1989 zu einer friedlichen Demonstration von mehreren tausend Menschen. Grund waren Forderungen nach Reise- und Pressefreiheit. Zudem wurde die Freilassung politischer Gefangener in der DDR, insbesondere die der letzten Tage, gefordert. Es sollte ein gewaltfreier Dialog in der Gesellschaft werden.

Eine Gruppe von 20 Personen wurde ausgewählt, die zusammen mit dem damaligen Oberbürgermeister von Dresden, **Wolfgang Berghofer**, im Rathaus verhandelte.



© Wikimedia / SchDD

Die Gespräche verliefen sehr konstruktiv, das Ergebnis sollten nach 24 Stunden in der Prager Straße verkündet werden. Berghofer entschied sich jedoch dafür, diese Mitteilung in vier Kirchen zu verkünden, da der Andrang der Demonstranten immer größer wurde. Dies war der Zeitpunkt, an dem die SED-Staatspartei der DDR ihren Einfluss und ihre Macht verloren hatte.

Aus dieser Bewegung gründete sich die Institution „Gruppe der 20“, die sich zum 31. Mai 1990 wieder auflöste. Ihr Ziel einer demokratischen Wahl der Dresdner Stadtverordnetenversammlung war erreicht worden. Heute erinnert eine Inschrift an der Prager Straße an die Ereignisse des 8. Oktober 1989.

Weitere Ziele: Kloster St. Marienthal, Kloster St. Marienstern, Lessing-Museum Kamenz

Sachsen-Anhalt: Schloss Schönhausen

Im Jahr 1562 wurde der Ort Schönhausen durch einen Gebiets-tausch (Permutation) Eigentum der Familie Bismarck. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts bauten sie hier zwei Schlösser. Im Schloss Schönhausen I wurde am 1.4.1815 **Otto von Bismarck** geboren, seine Familie verließ den Ort jedoch bereits wenige Monate später. Nach dem Tod seines Vaters kehrte er nach Schönhausen zurück und übernahm das Gut Schönhausen I.

Rittergut und Schloss Schönhausen I wurden 1945 entschädigungslos enteignet. 1958 wurde



© Otto-von-Bismarck-Stiftung

das Schloss Schönhausen I auf Betreiben der DDR-Führung gesprengt. Dank des Mutes einer einzelnen Person, die sich weigerte, das Haus zu verlassen, blieb ein Seitenflügel (Torhaus) erhalten, in dem sich heute das Bismarck-Museum befindet.

Einen Eindruck der ehemaligen Pracht der beiden Rittergüter Schönhausens gibt das auch als Ensemble erhaltene Schloss Schönhausen II wieder. Dieses wurde 1885 von der deutschen Nation von seinem damaligen Besitzer abgekauft und Bismarck zu seinem 70. Geburtstag geschenkt.

Otto von Bismarck war 28 Jahre Ministerpräsident von Preußen und zugleich vier Jahre Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes. Er war der erste Reichskanzler des Deutschen Reiches (1871–1890). In der Geschichtsschreibung wird er auch der „Eiserne Kanzler“ genannt.

Weitere Ziele: Lustgarten Wernigerode, Quedlinburg

Schleswig-Holstein: Nord-Ostsee-Kanal

In der damals blühenden Handelsstadt Haithabu (heutiges Weltkulturerbe der UNESCO) war noch nicht daran zu denken jemals einen künstlichen Kanal quer durch Schleswig-Holstein zu bauen. Aber bereits 1784 ließ der dänische König Christian VII. den Eiderkanal errichten, den Vorläufer des Nord-Ostsee-Kanals. Durch den deutsch-dänischen Krieg wollte der damalige preußische Ministerpräsident **Otto von Bismarck** eine Verbindung von Ostsee und Nordsee, ohne das die Kriegsschiffe dabei den Kanonen der Dänen ausgesetzt waren. Der Ausbau und die Erweiterung des Kanals begannen und am 20.6.1895 wurde schließlich die Einweihung gefeiert. Als Deutschland begann seine Flotte zu erweitern und die Schiffe immer größer wurden, musste 1914 auch der Kanal auf eine Breite von 102 Meter erweitert werden.

Den Zweiten Weltkrieg überstand der Kanal unbeschadet und blieb durchgehend befahrbar. Mit einer Länge von knapp 100 Kilometern liegt der Kanal zwischen Brunsbüttel und Kiel-Holtenau. An beiden Enden wird er durch Schleusen auf einen konstanten Wasserstand von 11 Metern gehalten und somit vor den Gezeiten oder einem Windstau geschützt.

Seit 2010 arbeitet man an weiteren Ausbau- und Instandsetzungsplänen, was einen Streit um die Finanzierung zur Folge hatte. Die Fraktionsspitzen von Union und FDP haben sich 2012 im Bundestag darauf geeinigt, dass die benötigten Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen, um mit dem Bau einer neuen Schleusenkammer in Brunsbüttel zu beginnen und damit die bereits vorhandenen fast 100 Jahre alten Schleusen zu entlasten.

© Ostseefotograf / shutterstock.com



Entlang des Kanals können Touristen den befestigten Betriebsweg nutzen, um Spaziergänge und Radtouren in nächster Nähe der Schiffe zu erleben. Mit den zahlreichen kostenlosen Fähren gelangt man auf die andere Kanalseite.

Weitere Ziele: Lübeck, Theodor-Storm-Haus Husum, Danewerk, Dusenndüwelswarf, Schloss Gottdorf, Dithmarschen

Thüringen: Schloss Schwarzburg und Haus Tivoli

Im Besonderen dürfte in Thüringen zweifellos der beschauliche Ort Schwarzburg im Schwarzatal sein. Im 20. Jahrhundert als Geheimtipp für erholungssüchtige Berliner Großstädter bekannt, unterzeichnete hier Reichspräsident **Friedrich Ebert** während seines Sommerurlaubes am 11. August 1919 die Weimarer Reichsverfassung und legte damit den Grundstein für die erste beständige Demokratie auf deutschem Boden.

Mit der denkmalpflegerischen Instandsetzung des Kaisersaals 1972 setzten zahlreiche Bemühungen um den Erhalt des Schlosses ein. Mit der Eröffnung der Fürstlichen Erlebniswelten Schloss Schwarzburg ist seit Mai 2018 neben dem Kaisersaalgebäude auch das Fürstliche Zeughaus

wieder zugänglich. Hier wird die prunkvolle schwarzburgische Waffensammlung wieder an ihrem historischen Ort präsentiert.

Im Thüringer Becken liegt die kleine Stadt Gotha. Hier fand in der ehemaligen Gaststätte Tivoli 1875 die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien, die „Eisenacher“ um **August Bebel** und **Wilhelm Liebknecht** und die „Leipziger“ um **Ferdinand Lassalle**, zur gemeinsamen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) statt. 1890 nannte sich die SAP um in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Mit der Gründung des ersten SPD-Landesverbandes der damaligen DDR im Jahr 1990 schrieb das Tivoli erneut sozialdemokratische Geschichte.

© Gedenkstätte Gothaer Tivoli



Im Haus Tivoli gibt es eine Dauer- ausstellung zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie mit Schwerpunkt Gotha, dazu kommen wechselnde Sonderausstellungen.

Weitere Ziele: Rennsteig, Schloss Friedenstein

Wachstum, Wohlstand und Klimaschutz vereinbaren

Hildegard Müller

Auch wenn diese Rubrik das „Leben nach der Politik“ porträtiert, so spielt die Politik und ihre Entscheidungen in meinem beruflichen Alltag auch heute noch eine ganz zentrale Rolle.

Nachdem ich von 2002 bis 2008 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2005 bis 2008 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin war, wechselte ich zunächst in die Energiewirtschaft. Dort war ich von Oktober 2008 bis Januar 2016 Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und habe gestaltend und im intensiven Dialog mit der Politik die Weichen für die Energiewende gestellt. Das konnte ich während meiner Tätigkeit als Vorständin für Netz und Infrastruktur bei der innogy SE fortführen.

Nun bin ich seit 1. Februar 2020 Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) und habe dieses Amt inmitten des größten Transformationsprozesses in der Geschichte der Branche übernommen. Eine spannende Aufgabe mit viel Gestaltungsraum und hoher Verantwortung – zum einen für die vielen Beschäftigten in der Branche zum anderen mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft. Wie bewegen wir uns in Zukunft und erreichen dabei trotzdem unsere Klimaziele?



Welche Rolle spielt dabei das Auto? Wir als Automobilindustrie wollen Fragen auf diese Antworten liefern – und genau das tun wir. Wir bringen effiziente Elektroautos auf den Markt, vernetzen Fahrzeuge untereinander und mit der Infrastruktur und entwickeln viele weitere innovativen Lösungen.

Die Automobilindustrie steht für mehr als 800.000 direkte Beschäftigte, fast 380 Mrd. Euro Umsatz und rund 45 Mrd. Euro jährlich an Investitionen in Forschung und Entwicklung. Das macht sie zu dem Garanten für Wohlstand in Deutschland. Und ich setze mich dafür ein, dass das auch so bleibt. Die Weltkonzerne, aber auch die vielen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen unserer Branche, sorgen dafür, dass Deutschland weltweit für seine starke Industrie beneidet wird. Damit geht natürlich auch große Verantwortung einher, der wir uns stellen. Wir unterstützen die Pariser Klimaschutzziele, das zeigt auch unser Engagement für die wichtigen Zukunftsthemen:

Die deutsche Automobilindustrie investiert allein in die Bereiche Elektromobilität, Digitalisierung und Hybridisierung knapp 150 Mrd. Euro bis 2025. Bei der Elektromobilität werden die deutschen Hersteller bis Ende 2023 150 Modelle mit Elektro-Antrieb anbieten. Dazu kommen die unzähligen pfiffigen Ideen im Bereich der Digitalisierung, die den Verkehr effizienter, komfortabler und sicherer machen.

Für uns ist klar: Innovation und Technologie-offenheit sind die Schlüssel zu unserem Ziel, Klimaneutralität bis 2050. Denn nur wenn wir auf Innovation setzen, können wir wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Klimaschutz miteinander vereinbaren. Klimaschutz ist das Gebot der Stunde, dazu bekennen auch wir als Industrie uns – Klimaschutz mit Wachstum und Beschäftigung zu verbinden ist mit Blick auf die vielen Hunderttausend Beschäftigten in unserer Industrie und ihrer Familien unser großes Ziel. Dafür setze ich mich ein – weiter im engen Diskurs mit der Politik.

Ruhestand ist kein Stillstand

Ingrid Matthäus-Maier

Nach 22 Jahren Bundestag habe ich 1999 mein Mandat niedergelegt und bin in den Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eingetreten, deren Sprecherin ich wurde. Die KfW war intensiv am Aufbau in den Neuen Ländern beteiligt. Vor allem bei der Mittelstandsfinanzierung, der ökologischen Sanierung von Gebäuden und der Entwicklungszusammenarbeit war die Förderbank sehr engagiert. Zeitweilig war sie der größte Mikrofinanzierer der Welt. Zu all diesen Fragen gab es natürlich immer Gespräche mit der Politik. Dazu war hilfreich, dass wir mit der Übernahme des Gebäudes der ehemaligen Staatsbank der DDR am Gendarmenmarkt eine Niederlassung in Berlin bekamen.



KfW-Sprecherin Ingrid Matthäus-Maier mit Friedensnobelpreisträger und „Erfinder“ des Mikrokredits Muhammad Yunus, 2007

Im Ruhestand zehn Jahre später habe ich mich intensiver um meine Arbeit als langjährige Vorsitzende des Kuratoriums der FES gekümmert, ein Amt, das ich im letzten Jahr zugunsten von Jüngeren niedergelegt habe.

Als Beiratsmitglied der Giordano-Bruno-Stiftung (gbs), einem säkularen Thinktank, kümmerte ich

mich wieder um „mein altes“ Thema „Kirche und Staat“. Schon 1974 hatte ich mit Liselotte Funke und vielen MitstreiterInnen das bekannte „Kirchenpapier“ der FDP zur Trennung von Kirche und Staat formuliert und ihm auf dem Bundesparteitag in Hamburg zur Mehrheit verholfen. Die Überschrift „Freie Kirche im Freien Staat“ machte deutlich, dass eine Verwirklichung der Forderungen sowohl in der Kirche als auch im Staat zu mehr Freiheit führen würde. Deshalb war es auch kein Zufall, dass mit Liselotte Funke, Mitglied der EKD, und mir als Konfessionsfreier das Papier aus zwei unterschiedlichen Richtungen zum gleichen Ergebnis kam. Nachdem das Papier jahrelang in Schubladen verstaubte, habe ich mich gefreut, dass die Jungen Liberalen die Forderungen in diesen Tagen wiederbelebt haben.

Besonders engagiert habe ich mich gegen das Kirchliche Arbeitsrecht, den sog. Dritten Weg. Über 1,5 Mio. ArbeitnehmerInnen in Caritas und Diakonie werden wichtige Rechte aus GG und Betriebsverfassungsgesetz vorenthalten. So kann ihnen z. B. bei Kirchenaustritt oder – so bei der katholischen Kirche – bei Homosexualität oder Wiederheirat nach Scheidung gekündigt werden. Ich weiß, dass viele in den Kirchen das ebenso kritikwürdig sehen, sich aber gegen das Beharrungsvermögen der Amtskirchen und das schon vom Namen her einseitig geprägte „Staatskirchenrecht“ nicht durchsetzen können. Aus diesem Grunde hat die gbs das „Institut für Weltanschauungsrecht“ (IfW) gegründet, in dessen Beirat ich aktiv bin.

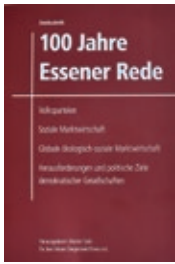
Seit vier Jahren bin ich Mitglied des WDR Rundfunkrates für die säkularen Humanisten, also die BürgerInnen, die nicht Mitglied einer Kirche sind. Dies ist in den neun ARD-Anstalten ein Novum. Als stv. Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses beschäftige ich mich in erster Linie

mit dem jährlichen Budget, aber auch mit der Rolle des öffentlichen Rundfunks.

2015 habe ich das Bündnis geleitet „Mein Ende gehört mir“ gegen den neuen § 217 StGB, der nach 150 Jahren Straffreiheit die geschäftsmäßige Sterbehilfe unter Strafe stellte. Leider vergebens. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass das Bundesverfassungsgericht am 26.2.2020 den § 217 StGB für verfassungswidrig und nichtig erklärte. Das GG umfasse das Recht auf selbstbestimmtes Sterben und die Freiheit, hierfür Hilfe bei Dritten zu suchen und in Anspruch zu nehmen. Ich engagiere mich jetzt dafür, dass der Bundestag nicht erneut eine Regelung beschließt, welche die Sterbehilfe außer in ganz engen Grenzen erneut mit dem Strafrecht bedroht. Die Abgeordneten sollten daran denken, dass man auch zwei Mal nach Karlsruhe gehen kann.

Neben den vielen Ämtern nach meiner Zeit als MdB hat mir auch viel Freude die Tätigkeit im Vorstand der Ehemaligen gemacht, davon vier Jahre als Präsidentin. Besonders eindrucksvoll war neben den Mitgliederreisen in die Bundesländer die Reise durch die baltischen Staaten. Von den vielen Veranstaltungen ist mir besonders in Erinnerung geblieben der Besuch des Auswärtigen Amtes in Berlin, das zur Wendezeit Sitz der demokratisch gewählten Volkskammer war.

Erlesenes



Marion Seib (Hrsg.)
100 Jahre Essener Rede
Halbigdruck,
Bernd Fischer
Softcover, 220 S.
978-3-00-066815-9



Stephan Eisel
Beethoven –
Die 22 Bonner Jahre
Verlag Beethoven-Haus
Bonn
Softcover, 550 S., 34,90€
978-3-88188-163-0



Antje Hermenau
Die Zukunft wird anders
Druckerei & Verlag Hille
Softcover, 171 S., 14,90 €
978-3-939-02563-4



Antje Hermenau
Ansichten aus der
Mitte Europas
Evangelische Verlags-
anstalt GmbH Leipzig
Softcover, 176 S.,
10,00 €
978-3-374-05932-4



Eckhart Pick
Mainzer G/gestalten die Welt
Nünnerich-Asmus Verlag
Gebunden, 216 S., 20,00 €
978-3-96176-109-8



Ein Artikel von **Eduard Oswald** ist in der Ausgabe „Das Augsburger Jahr 2020“ erschienen. Hier spricht der Bundesvizepräsident a. D. über 30 Jahre Wiedervereinigung als eine Erfolgsgeschichte. Ein Exemplar ist in unserer Bibliothek erhältlich.



© privat

Am 30.1.2021 verstarb **Dr. Wilhelm Erich Knabe**. Er war Mitbegründer der Partei Die Grünen, von 1982–1984 einer von drei Bundessprecher und erster Sprecher der Landespartei in Nordrhein-Westfalen. Er gehörte dem Deutschen Bundestag von 1987 bis 1990 an. Wilhelm Knabe war als Beisitzer und Schriftführer im Vorstand der Vereinigung der Ehemaligen tätig. Als gelernter Forstwirtschaftler war er bis ins hohe Alter aktiv im Umweltschutz tätig.

Personalien

Die Auswirkungen der Corona-Zeit auf die Arbeit der Selbstverwaltungen der Sozialversicherungsträger diskutierte **Hubertus Heil**, Bundesminister für Arbeit und Soziales, mit **Rita Pawelski**, Bundesbeauftragte für die Sozialwahlen, bei einer Onlineveranstaltung am 27.4.2021. Die Pandemie habe besondere Herausforderungen auch an die Selbstverwalter gestellt. In ihrer Arbeit in den Gremien, wie bspw. den

Widerspruchsausschüssen, wurden die Selbstverwalter auch mit den Corona-bedingten Problemen der Menschen konfrontiert. Auch die Rentenversicherungsträger werden sich in den kommenden Monaten und Jahren mit den Auswirkungen von Long-Covid auf die Erwerbsminderungsrenten auseinandersetzen müssen, so die Bundeswahlbeauftragte.



© Thomas Hafetzky



© Carmen Pögelow

In Vorbereitung auf das geplante Kolloquium der Europäischen Assoziation (EA) im Herbst 2021 hat die „AG Kolloquium“ in einer digitalen Sitzung am 7.5.2021 den dritten Entwurf der Deklaration von **Roland A. Kohn** diskutiert. In der AG engagieren sich neben

Die Geschäftsführerin informiert

Bei der Recherche zu historischen Zielen in Deutschland haben wir nicht nur bedeutende Orte kennen gelernt, sondern sind auch auf interessante Fakten über unsere Bundesländer gestoßen.

Schlendert man durch die Stadt **Brandenburg** an der Havel, so wundert sich so mancher über die kleinen, bronzenen Waldmöpfe. Sie wurden zu Ehren von Vicco von Bülow (besser bekannt als Lorient) aufgestellt, der einst sagte: „Ein Leben ohne Mops ist möglich, aber sinnlos“. Wer glaubt, das Wahrzeichen von **Bremen** – der „Roland“ – sei einzigartig, irrt sich. Weltweit gibt es 27 Nachbildungen, eine sogar in New York.

Bei Venedig und Amsterdam denkt man an die vielen Brücken, doch **Hamburg** hat sogar mehr als beide Städte zusammen. Allerdings fällt in der Hansestadt mit durchschnittlich 774 mm Niederschlag pro Jahr ein Ausflug sprichwörtlich oft „ins Wasser“. Dann vielleicht lieber ins grüne **Hessen** reisen. 42 % der Fläche Hessens ist mit Wald bewachsen. **Bayern** ist nicht nur das Bundesland mit den meisten landwirtschaftlichen Betrieben, sondern auch Heimat des größten Sportvereins Deutschlands (FC Bayern).

Wer es romantisch mag, ist in **Mecklenburg-Vorpommern** richtig. Mit rund 2.000 Schlössern und Herrenhäusern liegt hier die größte Dichte an Schlössern weltweit. Im **Saarland** verzeichnete man 2019 die größte Auto-pro-Kopf-Dichte aller Bundesländer. Und in **Sachsen** sehen Fußgänger richtig, wenn sie neben dem Ampelmann nun auch eine Ampelfrau zum Anhalten zwingt. 2004 sorgten die Gleichstellungsbeauftragten dafür, dass es im Straßenverkehr feminin wird.

Schleswig-Holstein setzt auf Nachhaltigkeit. In 2014 war es das erste Bundesland, das 100 % seines Energiebedarfs durch erneuerbare Energien decken konnte. In der Welt bekannt als größter Messeplatz ist **Nordrhein-Westfalen**. Im Jahr locken 257 Messen rund sechs Mio. Besucher in das Bundesland.

Die schmalste Autobahnbrücke Deutschlands – die Leda Brücke – steht in **Niedersachsen**. Mit einer Breite von 1,98 Metern musste schon so mancher Außenspiegel dran glauben. **Berlin** erkunden Sie am besten mit den „Öffis“. Die Hauptstadt hat eines der weltweit besten ausgebauten Streckennetze. Der Berliner Nahverkehr umrandet die Erde 8,7 mal

pro Tag. Berlin führt auch regelmäßig die Liste der Städte mit den meisten Baustellen an.

Wer die gehobene Küche liebt, muss nach **Baden-Württemberg**. Hier finden Sie 73 der insgesamt 310 Restaurants, die mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet wurden. Die meisten Michelin Sterne pro Kopf hat übrigens das Saarland. Die Rostbratwurst aus **Thüringen** ist auch über die Landesgrenze hinaus beliebt. Ihr wurde sogar ein Museum gewidmet. Sie wurde „urkundlich“ erstmals 1404 auf einer Rechnung erwähnt.

Rheinland-Pfalz zählt 9717 Weingüter, aber wer denkt bei Wein an Schleswig-Holstein? Sie schmuzzeln, doch auch auf Sylt und Föhr wird Wein angebaut. Die Naschkatzen unter Ihnen sollten in **Sachsen-Anhalt** die Halloren Schokoladenfabrik besichtigen, die älteste Schokoladenfabrik Deutschlands.

den Mitgliedern der EA **Dr. Edith Niehuis**, **Dr. Peter Paziorek** und Roland A. Kohn sowie EA-Ehrenpräsident **Prof. Dr. Uwe Holtz** außerdem **Dr. Elisabeth Altmann**, **Ernst Burgbacher**, **Dr. Barbara Höll**, **Dr. Klaus Rose** und **Irmingard Schewe-Gerigk**.

In der ersten Sendung des neuen Jahres von *maybrit illner* am 14.1.2021 diskutierten die Gäste, darunter Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer**, über den Impfstart und die Virusverbreitung. Auch bei *maischberger* am 17.2.21 war der CDU-Politiker zum Thema Pandemie geladen. Stellung zu seinem Anti-

Corona-Kurs nahm der Ministerpräsident bei *Markus Lanz* am 1.4.2021.

Impfen in Deutschland war auch das Thema der Sendung *hart aber fair* am 29.3.2021, zu der Bundesminister a. D. **Klaus von Dohnanyi** geladen war.

Anne Will lud Bundesministerin a. D. **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** zum Thema Corona-Notbremse und Einschränkung der Freiheitsrechte in ihre Sendungen am 28.2.2021 und 25.4.2021 ein.

Der frühere Bundesminister **Gerhart Baum** nahm bei *Markus Lanz* am 21.4.2021 Stellung zur Neuordnung des Infektionsschutzgesetzes und

zur Schwierigkeit, Grundrechte einzuschränken, sowie zum Kurs seiner Partei.

Die Ausgangssperre als notwendiges Mittel zur Bekämpfung der Pandemie verteidigte der bayerische Gesundheitsminister **Klaus Holetschek** im *ZDF Morgenmagazin* am 19.4.2021.

Wie man die Beste/den Besten für das Kanzleramt findet, dazu wurde **Wolfgang Bosbach** bei *hart aber fair* am 19.4.2021 befragt.

90 Jahre

16.10. Dr. Hans Friderichs
Bundesminister a. D.
5516 Mainz

85 Jahre

27.07. Prof. Dr. Siegbert Alber
Generalanwalt Euro-
päischer Gerichtshof a. D.
70567 Stuttgart

05.08. Prof. Dr. Hans Hugo Klein
Parl. Staatssekretär a. D.
76327 Pfinztal

15.09. Jürgen Timm
28816 Stuhr-Varrel

17.09. Peter Zumkley
Senator a. D.
53123 Bonn

14.10. Klaus-Jürgen Hoffie
Staatsminister a. D.
64367 Mühlthal

26.10. Dr. Joachim Schmidt
09633 Halsbrücke

80 Jahre

05.07. Wolfgang Zeitmann
80638 München

11.07. Hans Raidel
86732 Oettingen

08.08. Renate Blank
90451 Nürnberg

17.08. Werner Schreiber
Minister a. D.
66121 Saarbrücken

29.08. Christel Deichmann
19075 Holthusen

09.09. Otto Reschke
45359 Essen

10.09. Franziska
Eichstädt-Bohlig
10629 Berlin

22.09. Dr. Ludolf
von Wartenberg
Parl. Staatssekretär a. D.
10178 Berlin

80 Jahre

23.09. Margitta Terborg
Bürgermeisterin a. D.
2 6127 Oldenburg

08.10. Prof. Dr. Edzard
Schmidt-Jortzig
Bundesminister a. D.
24105 Kiel

22.10. Dietrich Austermann
Minister a. D.
25524 Itzehoe

04.11. Klaus Kirschner
78727 Oberndorf

01.12. Peter Letzgu
39288 Burg

01.12. Günter Graf
27801 Dötlingen

07.12. Dr. Klaus Rose
Parl. Staatssekretär a. D.
94474 Vilshofen

21.12. Klaus-Jürgen Hedrich
Parl. Staatssekretär a. D.
29525 Uelzen

75 Jahre

04.07. Birgit Schnieber-Jastram
Senatorin a. D.
20099 Hamburg

09.08. Prof. Marlies Mosiek-
Müller
Staatsministerin a. D.
63571 Gelnhausen

20.08. Gudrun Schaich-Walch
Parl. Staatssekretärin a. D.
60596 Frankfurt a. M.

02.09. Angelika Volquartz
Oberbürgermeisterin a. D.
24105 Kiel

23.09. Prof. Gisela Frick
10719 Berlin

30.10. Milan Horáček
11000 Prag, CZ

07.11. Hans-Günter Bruckmann
45149 Essen

20.11. Ingrid Becker-Inglau
45277 Essen

75 Jahre

24.11. Kurt Segner
97900 Kulsheim

29.11. Karin Rehbock-Zureich
79798 Jestetten

09.12. Erich G. Fritz
44319 Dortmund

11.12. Dr. h. c. Susanne Kastner
Bundestagsvize-
präsidentin a. D.
96126 Maroldsweisach

70 Jahre

04.07. Dr. Wolfgang Daniels
01127 Dresden

26.07. Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Bundesministerin a. D.
82340 Feldafing

01.08. Norbert Formanski
45701 Herten

13.08. Angelika Krüger-Leißner
14621 Schönwalde-
Glien

01.09. Carola Undine Kurth
3032 Eichgraben, AT

17.11. Dr. Werner Hoyer
Staatsminister a. D.
50933 Köln

26.11. Angelika Barbe
12357 Berlin

13.12. Ulrike Merten-Hamann
33602 Bielefeld

Wir gedenken

Anton Schaaf
† 02.11.2020

Manfred Schneider
† 19.11.2020

Albrecht Papenroth
† 18.12.2020

Wir gedenken

Hanns Theis
† 22.12.2020

Peter M. Schmidhuber
† 26.12.2020

Joachim Hörster
† 30.12.2020

Peter Friedrich
(Altenburg)
† 20.01.2021

Klaus Harries
† 27.01.2021

Klaus Hübner
† 29.01.2021

Dr. Wilhelm Knabe
† 30.01.2021

Klaus Bühler
† 03.02.2021

Klaus Hofbauer
† 20.02.2021

Hansgeorg Hauser
† 24.02.2021

Heinz Schemken
† 27.02.2021

Karl Schiewerling
† 28.02.2021

Werner Dörflinger
† 02.03.2021

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-
Joachim Jentsch
† 28.03.2021

Peter Männing
† 12.05.2021

Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
† 16.05.2021

Prof. Dr. Siegbert Alber
† 4.06.2021

Datenschutz: Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin
Telefon: 030 / 22 79 20 28 · Fax: 030 / 22 79 20 29
E-Mail: vemdb@t-online.de
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

Redaktion:

Rita Pawelski, Geschäftsführerin
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
(v. i. S. d. P.)
Rita Pawelski, Carmen Pägelow, Maria Korinth
Redaktionsschluss: 11.06.2021

Realisierung:

Konzeption, Layout: Holger Ebeling
Druck: MOTIV OFFSET GbR